

Inhaltsverzeichnis

<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	
<i>Literaturverzeichnis</i>	
A. Einleitung	
B. Das System der beschränkten Steuerpflicht für Einkünfte aus nicht-selbständiger Arbeit	
I. Der von der beschränkt Steuerpflicht betroffene Personenkreis	
1. Die Regelung des § 1 EStG	
2. Die Einschränkung durch Doppelbesteuerungsabkommen	
3. Die erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht	
a) Fiktion beschränkt Steuerpflichtiger als unbeschränkt steuerpflichtig (§§ 1 Abs. 3, 1 a EStG).....	
b) Fiktion des § 1 Abs. 2 EStG (Diplomaten und konsularische Beamte).....	
II. Die an die beschränkte Steuerpflicht anknüpfenden Rechtsfolgen	
1. Besteuerung bei erweiterter unbeschränkter Steuerpflicht (§§ 1 Abs. 3, 1 a ES	
2. Besteuerung bei beschränkter Steuerpflicht (§ 50 EStG)	
a) Gesetzliche Besteuerung	
b) Auswirkungen der Besteuerung	
c) Steuererlaß bei Bruttobesteuerung (§§ 163, 227 AO)?.....	
III. Die Rechtfertigung der Rechtsfolgen	
IV. Beispiele	

Die Vereinbarkeit der Besteuerung beschränkt Steuerpflichtiger mit der EG-Freizügigkeit	36
Streitstand	36
1. Die frühen Entscheidungen des EuGH zum Verhältnis Gemeinschaftsrecht-Steuerrecht	36
2. Der Disput über die Übertragbarkeit dieser Rechtsprechung	39
a) Schrifttum	39
b) EU-Kommission.....	40
c) Bundesregierung	40
d) Finanzrechtsprechung.....	42
aa) BFH-Urteil vom 20.4.1988	42
bb) BFH-Beschluß vom 22.1.1992	44
cc) Vorlagebeschluß in der Rechtssache "Schumacker" vom 14.4.1993.....	44
3. Die Entscheidung Schumacker.....	46
4. Die nachfolgenden Entscheidungen "Wielockx" und "Asscher"	49
5. Zusammenfassung	53
 Der Bezug des Gemeinschaftsrechts zum Recht der direkten Steuern	56
 Die Bedeutung der Staatsangehörigkeit bei der Besteuerung beschränkt Steuerpflichtiger und in Art. 48 EGV.....	59
1. Problemstellung.....	59
2. Das Gebot der Inländerbehandlung in Art. 48 EGV und die Rechtsprechung des EuGH	64
3. Normativer Inhalt des Art. 48 EGV	72
a) Inhaltsbestimmung durch Auslegung	72
b) Ökonomische Integrationstheorie.....	73
c) Umsetzung der Integrationstheorie.....	76
d) Ursprünglicher Zweck der Freizügigkeit.....	78

- e) Inhaltswandel mit Ablauf der Übergangszeit
- f) Heutiger Inhalt des Art. 48 EGV
4. Die Bedeutung des Gebotes der Inländerbehandlung in Art. 48 EGV
- a) Das Gebot der Inländerbehandlung als Teil der Freizügigkeit
- b) Die Freizügigkeit und entsprechende Regelungen der
EU-Kooperationsabkommen.....
- c) Konkretisierung des Gebotes der Inländerbehandlung in
Art. 7 Abs. 2 VO (EWG) Nr. 1612/68
5. Folgerungen für das Verhältnis Gemeinschaftsrecht-Steuerrecht
- IV. Die Diskriminierung beschränkt Steuerpflichtiger durch die Besteuerung
nach dem EStG
1. Die Definition der "Diskriminierung" und andere Vorfragen
2. Die Steuerbelastung von beschränkt Steuerpflichtigen und unbeschränkt
Steuerpflichtigen im Vergleich.....
- a) Ausländische Einkünfte sind nicht vorhanden
- b) Die ausländischen Einkünfte übersteigen nicht 10% der gesamten Einkünfte
oder DM 12.000,-- (bzw. DM 24.000,- bei Verheirateten).....
- c) Die ausländischen Einkünfte übersteigen 10% der gesamten Einkünfte
und DM 12.000,-- (bzw. DM 24.000,-- bei Verheirateten).....
- aa) Ungleichbehandlung bei Vergleich mit Doppelwohnsitzfällen
und Fällen des § 1 Abs. 2 EStG?
- bb) Ungleichbehandlung im Vergleich mit unbeschränkt
Steuerpflichtigen gemäß § 1 Abs. 1 EStG
- cc) Ungleichbehandlung hinsichtlich nicht gewährter Progressions-
vorteile (Ehegattensplitting).....
- d) Ergebnis.....

3. Die Rechtfertigung der steuerlichen Ungleichbehandlung.....	115
a) Gleichstellung im Erlaßwege.....	115
b) Informationsdefizit der deutschen Finanzverwaltung	117
c) Die Kohärenz des deutschen Einkommensteuerrechts	120
aa) Die Rechtsprechung des EuGH zur "Kohärenz"	120
bb) Kohärenz der Besteuerung von Einkünften beschränkt Steuerpflichtiger....	124
Zusammenfassung.....	126
Die Vermeidung der Nachteile der beschränkten Steuerpflicht aus gesetzgeberischer Sicht	127
Die Notwendigkeit einer Grundsatzentscheidung: Wohnsitzbesteuerung oder Quellenbesteuerung ?.....	127
1. Gegensätzliche Grundprinzipien	127
2. Die Grundprinzipien in der EU-Gesetzgebung	130
3. Die Grundprinzipien in der deutschen Gesetzgebung	131
Die Entscheidung zwischen der Wohnsitzbesteuerung und der Quellen- besteuerung nach finanzwissenschaftlichen Kriterien	134
1. Die maßgeblichen Kriterien: Gerechtigkeit und Effizienz.....	134
2. Besteuerungsprinzip und Gerechtigkeit	136
a) Individuelle Gerechtigkeit.....	136
b) Zwischenstaatliche Gerechtigkeit	143
3. Besteuerungsprinzip und Effizienz	149
a) Die effiziente Allokation der Produktionsfaktoren	149
b) Der Einfluß auf die Zahlungsbilanz.....	154
c.) Effizienz im Besteuerungsverfahren	156
d) Die Verknüpfung des Sozialrechts mit dem Steuerrecht	161
4. Ergebnis: Die Wohnsitzbesteuerung als überlegenes Besteuerungsprinzip.....	165

**III. Die Bestätigung der Überlegenheit der Wohnsitzbesteuerung durch
Rechtsvergleichung**

1. Wohnsitzbesteuerung in der Schweiz

2. Wohnsitzbesteuerung in Kanada

3. Wohnsitzbesteuerung in Japan

4. Probleme der USA mit der Quellenbesteuerung

5. Ergebnis

IV. Die normative Umsetzung der Wohnsitzbesteuerung.....1. Die Ausgestaltung der Steueraufteilung zwischen Wohnsitzstaat und
Quellenstaat.....

2. Der Vorschlag einer Kodifizierung.....

3. Die verfahrensrechtliche Absicherung

E. Zusammenfassung.....**Lebenslauf**